Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Dank	VI
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Fritz Rüffler/Christian Koller Die Reichweite des Gesellschaftsstatuts und seine insolvenznahen Grenzen	1
Lisa Rescheneder Diskussionsbericht Teil I	33
Andreas Geroldinger Ausgewählte Fragen zu Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen im Gesellschaftsrecht	37
Marco Wolfsberger Diskussionsbericht Teil II	55
Roland Gintenreiter Formfragen aus praktischer Sicht	59
Marco Wolfsberger Diskussionsbericht Teil III	85
Martin Karollus Umstrukturierungen und Sitzverlegung über die Grenze – aktuelle Rechtslage (vor der Umsetzung der Richtlinie [EU] 2019/2121)	87
Sonja Bydlinski Die Mobilitäts-Richtlinie – Eine Darstellung der wesentlichen Diskussionsstadien Vom Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwalungen, Verschmelzungen und Spaltungen bis zur politischen Einigung im Trilog	nd- 149
Philip Reitinger Diskussionsbericht Teil IV	163

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Dank	VI
nhaltsübersicht	VII
nhaltsverzeichnis	
Autorenverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	
Fritz Rüffler/Christian Koller	
Die Reichweite des Gesellschaftsstatuts und seine insolvenznahen Grenzen	1
I. Einleitung	1
II. Neue und alte Streitfragen zur Reichweite des Gesellschaftsstatuts	2
A. Rechtsgrundlagen und autonome Qualifikation	2
1. Rechtsgrundlagen	2
2. Bedeutung der Bereichsausnahme für die Interpretation	4
B. Dauerbrenner Anteilsübertragung	5
1. Übertragung von Geschäftsanteilen einer GmbH im Ausland	5
2. Übertragung ausländischer Anteile im Inland	11
C. Die GesbR zwischen schuldvertraglicher und gesellschaftsrechtlicher	
Anknüpfung	13
1. Syndikatsverträge	13
2. Internationale Konsortien	15
III. Gesellschaftsrechtliches Fazit	16
IV. Der Beitrag des Kornhaas-Urteils zur insolvenzrechtlichen Grenzziehung	17
A. Einleitung	17
B. Vorüberlegungen zur autonomen Auslegung von Art 7 EuInsVO	19
1. Leistungsfähigkeit und Grenzen der funktional-teleologischen	
Qualifikation	20
2. Kohärenz zwischen IZVR und IPR?	23
3. Zwischenergebnis	24
C. Folgen der Kornhaas-Kriterien für die Einordnung weiterer Gläubiger-	
schutzinstrumente	25
1. Argumente des EuGH	25
2. Insolvenzantragspflicht und Insolvenzverschleppungshaftung	26
3. Eigenkapitalersatzrecht	27
4. Schutz von Vertrauenslagen durch Art 16 EuInsVO?	29
V. Ausblick: Abgrenzungsprobleme bei grenzüberschreitenden Restrukturierungs-	
verfahren	30
VI. Insolvenzrechtliches Fazit	31
Lisa Rescheneder	
Diskussionsbericht Teil I	33

A. J C
Andreas Geroldinger/Hendrik Puschmann
Ausgewählte Fragen zu Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen im
Gesellschaftsrecht
I. Gesellschaften und gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten in Zahlen
II. Gerichtsstandsvereinbarungen
A. Grenzüberschreitende Sachverhalte: EuGVVO und Haager Übereinkommen 40
B. Grenzen der Gerichtsstandsvereinbarung, insbesondere Art 24 Nr 2
EuGVVO
C. Gerichtsstandsvereinbarungen in Satzungen – geschädigte Anleger
1. Grundsätzliches zu Gerichtsstandsvereinbarungen in Satzungen
2. Gerichtsstandsvereinbarung für deliktische Ansprüche?
III. Schiedsklauseln
A. Allgemeines
B. Schiedsvereinbarung durch Mehrheitsbeschluss
C. Gesellschafter und Organwalter als Verbraucher
D. Das NYÜ und statutarische Schiedsklauseln
IV. Schlussfolgerungen
Marco Wolfsberger
Diskussionsbericht Teil II
Roland Gintenreiter
Formfragen aus praktischer Sicht
I. Einleitung
II. Grenzen des Beurkundungsrechts
A. Beschränkung auf Bundesgebiet
B. Dienstleistungsfreiheit
C. Ausländische Register
D. Digitale GmbH-Gründung
III. GmbH-Gründung
A. Einleitung
B. Rom I-VO
C. EGBGB
D. Gleichwertigkeit der Urkundsperson und des Beurkundungsvorgangs 66
1. Gleichwertigkeit
2. Prüfungs- und Belehrungsfunktion
3. Ähnliche Stellung und Tätigkeit des Notars
4. Ähnliches Beurkundungswesen
IV. Satzungsänderung
V. Anteilsübertragung
A. Österreich
1. Formgebot gem § 76 Abs 2 GmbHG
2. Verpflichtungsgeschäft
3. Verfügungsgeschäft
4. Übertragung von Anteilen an einer ausländischen GmbH
B. Deutschland
1. Verpflichtungsgeschäft
2. Verfügungsgeschäft
3. Substitution der Beurkundung
VI. Empfehlungen für die Praxis
A. Zugang zum deutschen elektronischen Handelsregisterverkehr (ELRV) 79

B. Handelsregisterauszüge	81
Diverse Handelsregister	81
2. Verknüpfung der Unternehmensregister – Europäisches Justizportal	82
3. Vereinigtes Königreich – Scrivener Notaries	82
C. Vertretung	82
1. Vollmachtserteilung im Ausland	83
2. Elektronische Notariatsform-Gründungsgesetz	83
3. Vollmacht für Spanien	84
Marco Wolfsberger	
Diskussionsbericht Teil III	85
Martin Karollus	
Umstrukturierungen und Sitzverlegung über die Grenze – aktuelle Rechtslage	
(vor der Umsetzung der Richtlinie [EU] 2019/2121)	87
I. Zum Gegenstand des vorliegenden Beitrages	89
II. Grenzüberschreitende Verschmelzung	91
A. Worum geht es?	91
B. Meilensteine für die Zulassung grenzüberschreitender Verschmelzungen	
im Unionsrecht und im österreichischen Recht	93
1. Grenzüberschreitende Verschmelzung als Gründungsart für eine SE	
(2001) und für eine SCE (2003)	93
2. Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verschmelzung (2005)	93
3. Urteil in der Rechtssache SEVIC Systems (2005)	94
C. Grundkonzept der Richtlinie	96
1. Erfasste Gesellschaften (Kapitalgesellschaften, uU auch Genossenschaften)	96
2. Erfasste Arten der Verschmelzung	97
3. Grenzüberschreitendes Element	97
4. Anwendbare Rechtsvorschriften ("Vereinigungstheorie")	98
5. Zuständige Gerichte bzw Behörden; Verfahren	100
D. Schließung von Lücken unmittelbar aus der Niederlassungsfreiheit	101
	101
2. Anwachsung; verschmelzende und errichtende Umwandlung	102
III. Grenzüberschreitende Verlegung des Satzungssitzes (grenzüberschreitender	104
	104
A. Worum geht es? Grundsätzliche Charakterisierung des Vorgangs	104
Grundsatzhene Charakterisierung des vorgangs Definition des OCH	
	105
Begriffsbestimmung gemäß der Richtlinie (EU) 2019/2121 Uneinheitliche Terminologie	100
B. Keine unmittelbar einschlägigen Regelungen im Unionsrecht – bis zur	100
Richtlinie (EU) 2019/2121 – und im österreichischen Recht	107
	107
	107
3. Sitzverlegung bei den supranationalen Gesellschaften des Unionsrechts	10/
	108
C. Zulassung einer grenzüberschreitenden Verlegung des Satzungssitzes auf-	100
	109
	109
Bestätigung der Zulässigkeit einer grenzüberschreitenden Verlegung des	100
Satzungssitzes durch den OGH und durch das OLG Wien	110
outzungositzes durch den Odir und durch das OLO Wich	110

		3. Deutsche Judikatur	112
	D.	Isolierte Verlegung nur des Satzungssitzes (ohne eine gleichzeitige Verlegung	
		auch des Verwaltungssitzes in den neuen Sitzstaat)	112
		1. Aus der Sicht des Wegzugsstaates	112
		2. Aus der Sicht des Zuzugsstaates	117
	E.	Anwendbare Vorschriften	119
		1. Sukzessive Anwendung der Vorschriften des Wegzugs- und	
		des Zuzugsstaates zur innerstaatlichen Umwandlung	119
		2. Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz	120
		3. Entsprechende Anwendung der Vorschriften für die Sitzverlegung einer	
		EWIV, SE und SCE?	122
		4. Vorgezogene Berücksichtigung der Richtlinie (EU) 2019/2121?	123
	F.	Gerichtliche bzw behördliche Kontrolle	124
		1. Sukzessive Zuständigkeit der Gerichte bzw Behörden des Wegzugs-	
		und des Zuzugsstaates	124
		2. Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Gerichten bzw Behörden	124
		3. Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Sitzverlegung	126
	G.	In welchen Fällen besteht aufgrund der Niederlassungsfreiheit ein	
		Zwang zur Zulassung einer grenzüberschreitenden Sitzverlegung?	126
		1. Äquivalenzprinzip	126
		2. Möglichkeit eines Rechtsformwechsels im österreichischen Recht	126
		3. Zulassung auch einer rechtsformkongruenten Umwandlung	128
		4. Der umzuwandelnde Rechtsträger muss in den Anwendungsbereich der	
		Niederlassungsfreiheit fallen	129
IV.	Gr	enzüberschreitende Spaltung	130
	A.	Worum geht es?	130
	В.	Ausgangslage	130
		1. Harmonisierung zunächst nur für die Binnenspaltung	130
		2. Das österreichische Recht sieht nur eine Spaltung unter Beteiligung	
		österreichischer Rechtsträger vor	131
	C.	Zulassung der grenzüberschreitenden Spaltung aufgrund der	
		Niederlassungsfreiheit	132
		1. Ableitung der Zulässigkeit aus der bisherigen Judikatur des EuGH zu	
		grenzüberschreitenden Umstrukturierungen	132
		2. Konsequenzen für Österreich	134
	D.	Anwendbare Rechtsvorschriften	
		1. Normenleere	134
		2. Parallele Anwendung der betroffenen Rechtsordnungen;	
		Heranziehung der Vorschriften für die innerstaatliche Spaltung	135
		3. Schutz von Minderheitsgesellschaftern, Gläubigern	
		und Arbeitnehmern	135
	_	4. Kumulierung von Anforderungen der beteiligten Rechtsordnungen	136
	E.	Gerichtliche bzw behördliche Kontrolle	136
		1. Zuständigkeit verschiedener Gerichte bzw Behörden	
		aus den beteiligten Staaten	
		2. Zusammenarbeit der beteiligten Gerichte bzw Behörden	136
		3. Endkontrolle durch die für die übernehmenden oder neugegründeten	
		Gesellschaften zuständigen Gerichte oder Behörden	137
	_	4. Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Spaltung	
	F.	Auswege in der Praxis	137

V. Grenzüberschreitende Verlegung des Verwaltungssitzes	
	138
, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	138
1. § 10 IPRG als Ausgangspunkt	
2. Unionsrechtliche Lösung nur für Zuzugsfälle	139
3. Keine unionsrechtlichen Schranken für Wegzugsfälle	140
4. Vordergründige Konsequenzen für nach dem österreichischen Recht	
gegründete Gesellschaften aus § 10 IPRG	
	142
C. Der OGH verlangt für österreichische Gesellschaften ebenfalls einen	
	142
	143
	143
	146
E. Notwendigkeit einer Lösung durch den österreichischen Gesetzgeber	148
0 ' D # 1	
Sonja Bydlinski	
Die Mobilitäts-Richtlinie – Eine Darstellung der wesentlichen Diskussionsstadien	
Vom Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur	,
Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwand	1-
lungen, Verschmelzungen und Spaltungen bis zur politischen Einigung im Trilog	
I. Einleitung	150
II. Von der Entscheidung des EuGH in der Rechtssache <i>Polbud</i> zum	150
	150
III. Vom Richtlinien-Vorschlag vom 25. 4. 2018 zum Verhandlungsmandat	150
	152
IV. Kompromiss zwischen dem Verhandlungsmandat des Rates, dem	
Verhandlungsmandat des Europäischen Parlaments und der Position	152
der Europäischen Kommission	153
A. Zentrale Fragen	
1. Missbrauchsklausel	
2. Arbeitnehmer-Mitbestimmung	
B. Weitere im Trilog geänderte und ergänzte Punkte	154
V. Inhalt der Richtlinie nach dem Trilog	
	155
B. Die neuen Regelungen zur grenzüberschreitenden Umwandlung	150
(Art 86 a bis 86 t)	
O Company of the Comp	156
	156
	156
4. Art 86 e: Bericht des Verwaltungs- oder Leitungsorgans für die	150
	156
5. Art 86 f: Bericht des unabhängigen Sachverständigen	
6. Art 86 g: Offenlegung	
7. Art 86 h: Zustimmung der Gesellschafterversammlung	15/
8. Art 86 i: Schutz der Gesellschafter	
9. Art 86 j: Schutz der Gläubiger	
10. Art 86 k: Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer	
11. Art 86l: Mitbestimmung der Arbeitnehmer	
12. Art 86 m: Vorabbescheinigung (pre-conversion certificate)	
13. Art 86 n: Übermittlung der Vorabbescheinigung	159

14. Art 86 o: Prüfung der Rechtmäßigkeit der grenzüberschreitenden	
Umwandlung durch den Zuzugmitgliedstaat	159
15. Art 86 p: Eintragung	160
16. Art 86 q und 86 r: Wirksamwerden und Wirkungen	
der grenzüberschreitenden Umwandlung	160
17. Art 86 s: Unabhängige Sachverständige	160
18. Art 86 t: Gültigkeit	160
C. Zur grenzüberschreitenden Verschmelzung	160
D. Zur grenzüberschreitenden Spaltung	
Philip Reitinger	
Diskussionsbericht Teil IV	163